

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 68 (1997)
Heft: 7

Artikel: Finanzpolitische Zukunftsperspektiven : Sozialpolitik ist mehr als Sozialversicherung
Autor: Göpfert Faulstroh, Lynne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Finanzpolitische Zukunftsperspektiven

SOZIALPOLITIK IST MEHR ALS SOZIALVERSICHERUNG

Von Lynne Göpfert Faulstroh

Der politische Druck, dem der Sozialstaat immer stärker ausgesetzt ist, fordert zu Überlegungen heraus, ob der vielerorts vorschlagene Leistungsabbau einzuschränken oder zu verhindern sei. Um konkrete Vorschläge ging es bei einem Podiumsgespräch, zu welchem die Informationsstelle des Zürcher Sozialwesens Experten eingeladen hatte.

Die Frage, die sich im Sozialwesen stellt heisst: «Aufbau, Abbau oder Erhaltung». Nationalrätin Christine Goll listete dazu das Finanzierungssystem kurz auf: Das Geld, das heute in der Schweiz für soziale Ausgaben zur Verfügung steht, kommt zu 66 Prozent aus den Lohnprozenten. Die Beiträge des Bundes gehen zu 45 Prozent an die AHV, zu 26 Prozent an die IV, 20 Prozent erhalten die Krankenversicherungen, 5 Prozent werden für Ergänzungsleistungen aufgewendet, 3 Prozent kostet die Militärversicherung und 1 Prozent machen die Familienzulagen in der Landwirtschaft aus. Im politischen Streit um die Zukunft des Sozialstaates, so meinte sie, müsse man darüber nachdenken: «Welchen Sozialstaat wollen wir uns leisten, welchen können wir uns leisten und welchen müssen wir uns leisten?»

Hans Rudolf Schuppisser, Sekretär des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes gab zu bedenken, dass Sozialpolitik mehr als Sozialversicherung sein müsse, «denn mit Geld kann man nicht alle Probleme lösen». Er bemängelte die zunehmende Belastung der aktiven Generation und die Tendenz der Bürger, Probleme dem Staat aufzubürden. Lösungen sucht er in der Überprüfung der Leistungen, im Abbau von Doppelsprüngigkeiten und in der Entschärfung der Teuerungsdynamik. Als «übergeordnete Priorität» aber sieht er die Förderung der Beschäftigungslage.

Colette Nova, zuständig für die Sozialpolitik beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, ist überzeugt, «dass sich die Sozialhilfe grundsätzlich bewährt hat». Im Gegensatz zu Schuppisser, der sich gegen neue Lohnprozente aussprach, findet sie dieses Vorgehen gut. Das Rentenalter möchte sie aber nicht erhöht wissen, solange es Arbeitslose gibt. Wieviel Sozialstaat also soll sich die Schweiz leisten? Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist kennt das Sozialwesen auf jeder Stufe und sieht von dieser Warte aus, dass «der Staat sozial

gut ausgebaut ist». Im letzten Jahr wurden 12 Milliarden Franken vom Bund für die Wohlfahrt ausgegeben, das sind 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Trotzdem macht ihr die Entwicklung Sorgen, denn «die Wirtschaft zeigt nicht das gleiche Wachstum wie die Ausgaben der Sozialwerke». Christine Egerszegi ist daher der Meinung, dass «man alle Leistungen ansehen und schauen muss, welcher Versicherung das Geld zugewiesen werden soll». Wer durch das gut ausgebauten Sozialnetz falle, müsse aufgefangen werden. «Das Netz ist sicher», meint die Nationalrätin und fordert konkret, die Leistungsseite der Sozialversicherung so rasch wie möglich zu überprüfen, um feststellen zu können, wo fortgefahren werden und wo korrigiert und wo gespart werden muss. Dann «kann sich der Staat auch den Gedanken leisten, dass nicht nur

die materielle Basis, sondern auch die persönliche Sicherheit und Geborgenheit im Leben zählt».

Im Augenblick sieht Monika Stocker, Stadträtin aus Zürich und Vorsteherin des Sozialdepartementes, weder ein Abbau noch Aufbauen, sondern «mehr ein Verschieben». Hinter der ganzen Auseinandersetzung fürchtet sie die Frage lauern «was gehen wir einander noch an?» Auf dieser Ebene scheint ihr die Existenzsicherung ein umfassendes Problem zu sein. «Der Individualismus muss an die Partnerschaft angedockt werden, und zwar im weitesten Sinne.» Im sozialen Netz ist ihrer Meinung nach das Thema der Gemeinschaft von einer hohen Präferenz. «Jeder Mann und jede Frau sollte einen Beitrag an die Gesellschaft leisten.» Dass dies nicht überall realisiert wird, glaubt auch Christine Egerszegi. «Aber wem muss man wegnehmen und wem geben?» fragte Colette Nova. «Grundsätzlich müsste dieses Geben und Nehmen von reich zu arm funktionieren» gab Schuppisser zu, doch «können die Arbeitgeber nicht noch mehr belastet werden, wollen sie konkurrenzfähig bleiben».

DEM ALTERN AUF DER SPUR

Jedes Lebewesen altern, und niemand kann diesen Prozess aufhalten. Wer oder was bestimmt die Zeit, die ein Tier oder ein Mensch auf Erden verbringen darf? Bis heute sind darüber nur Spekulationen möglich.

Damit ein Lebewesen überhaupt lebensfähig ist, braucht es Nahrung und natürlich auch Luft. Die Nahrung wird in lebenserhaltende Energie umgewandelt. Eine Theorie über das Altern besagt, dass jedes Tier und jeder Mensch über eine «Energie-Umsatz-Limite» verfügt. Das bedeutet, dass jeder nur eine bestimmte Menge an Energie verbrauchen kann. Ob er dies schnell oder langsam tut, ändert nichts am «Umsatz-Total». Diese Theorie basiert auf einer Beobachtung aus dem Tierreich: Kleine Tiere mit einem – in bezug auf ihre Körpermasse – hohen Energie-Umsatz haben eine geringe Lebenserwartung (Goldhamster zum Beispiel zwei bis drei Jahre), grosse Tiere mit einem niedrigen Energie-Umsatz eine hohe Lebenserwartung (Elefant bis zu 50 Jahre). Der Grund: Bei jedem Verbrauch von Energie entstehen Abfallprodukte und Giftstoffe. Dies geschieht nicht nur, wenn man zu Heizzwecken Kohle oder Erdöl verbrennt, sondern auch dann, wenn der Körper Nahrung verbrennt, um seine Funktionen aufrechtzuerhalten. Und genau so, wie die Kohle- und Erdölschlacken die Natur und Umwelt belasten, so belasten auch die körpereigenen «Abfälle» den Organismus und tragen zum Älterwerden bei.

Einer anderen Theorie zufolge wird das Lebensalter durch das Erbgut bestimmt. Dies würde erklären, warum eine Fledermaus etwa fünf- bis zehnmal länger lebt als eine «ungeflügelte» Feldmaus von etwa der gleichen Grösse. Es ist anzunehmen, dass weder die «Energie-» noch die «Gen-Theorie» ganz richtig oder ganz falsch ist. Die Wahrheit wird wohl in einer Kombination von beiden liegen.

PHARMA INFORMATION